

Drohende Abschiebungen von Schülerinnen und Schülern unserer Schule

Wir Lehrkräfte der Käthe-Kollwitz-Schule, eine von drei beruflichen Schulen der Stadt Marburg, die dieses Schreiben mit unserer Unterschrift unterstützen, sind sehr besorgt und zudem höchst empört über drohende Abschiebungen unserer Schüler und Schülerinnen, die entweder als minderjährig unbegleitete Flüchtlinge oder als Minderjährige mit ihren Familien nach Deutschland gekommen sind.

Sobald die Jugendlichen 18 Jahre alt werden, gehören sie nicht mehr der Kernfamilie an und erhalten, ebenso wie die ehemals minderjährig unbegleiteten Flüchtlinge verstärkt den Bescheid über die Ablehnung ihres Asylantrages. Manchmal werden ganze Familien aus dem sozialen Umfeld herausgerissen, wie in Stadtallendorf im Sommer geschehen. Dies wollen und können wir nicht gleichgültig hinnehmen.

Die uns anvertrauten jungen Menschen haben in ihrem jungen Alter sowohl in ihren Heimatländern als auch auf den Fluchtrouten sehr herausfordernde psychische und physische Bedingungen erlebt. Trotzdem geben sie sich nicht auf, integrieren sich hier, indem sie Freundschaften schließen, in Sportvereinen aktiv sind, in die Schule gehen, eine Ausbildung machen und die deutsche Sprache lernen. Der Großteil zeigt dabei eine hohe Leistungsbereitschaft und möchte der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, etwas zurückgeben.

An unserer Schule sollen Jugendliche und junge Erwachsene mit Zuversicht, in Sicherheit und in einem förderlichen Umfeld lernen und ihren schulischen und beruflichen Weg gehen können. Die pädagogische und didaktische Arbeit der Lehrkräfte wird jedoch ad absurdum geführt, wenn am Ende des Schuljahres ein Großteil der Klasse nicht mehr da sein wird, wie wir befürchten müssen. Die IHK wird ebenfalls ein Interesse daran haben, dass die Auszubildenden ihre Ausbildung abschließen können und als zukünftige Arbeitskräfte den Unternehmen zur Verfügung stehen. Jahrelang wurden zudem Ressourcen in Intensivklassen und Integrationskurse gesteckt, die nun einfach so verloren gehen.

Wir fragen uns, wieso das Potential dieser jungen Menschen als Bereicherung unserer Gesellschaft ausgeblendet, übersehen und ignoriert wird. Unser Schulmotto lautet schon lange: „Vielfalt ist unsere Stärke“.

Denn wir sind der festen Überzeugung, dass in einer offenen Gesellschaft Menschen mit unterschiedlichen nationalen Lebensgeschichten voneinander lernen und die Gemeinschaft bereichern und somit die Zukunft unseres Landes gemeinsam positiv gestaltet werden kann.

Wir sind uns darüber bewusst, dass der hierfür notwendige gesellschaftliche Prozess nicht einfach und oftmals anstrengend ist. Dennoch sind wir zuversichtlich, dass es sich lohnen wird, friedlich und sachlich dafür einzustehen und Hass und Hetze etwas entgegenzusetzen.

Abschließend möchten wir an die Menschlichkeit appellieren und die besondere Verantwortung die Schulen und Schulverwaltung in diesem System tragen. Jugendliche haben ebenso wie Kinder ein Recht auf Bildung, Schutz und Stabilität. Deshalb darf nicht zugelassen werden, dass sie aufgrund von politischen Entscheidungen in Angst und Unsicherheit versetzt werden!

Daher bitten wir Sie nicht nur um eine Stellungnahme von Seiten des Schulamts, sondern auch um konkrete Informationen, welche Schritte das Schulamt bereit ist, in dieser Angelegenheit einzuleiten.